



Steuerverschwendung in Baden-Württemberg

Ausgabe 2:

- Vetternwirtschaft & Tricks
- Weltreisen für die Presse
- Regierungswerbung
- Gekaufte Umweltverbände
- Ideologische Beispielfälle
- Unser Antrag gegen Steuerverschwendung
- Was uns richtig viel Geld kostet...

Dr. Rainer Podeswa
Sprecher für Finanzen & Haushalt



AFD-FRAKTION IM
LANDTAG VON
BADEN-
WÜRTTEMBERG



www.steuerverschwendung.info

Grüßwort

Liebe Bürger,
liebe Steuerzahler,

Steuerverschwendung ist leider alltäglich. Doch selbst als Parlamentarier wird man immer wieder überrascht, für was in diesem Land Geld ausgegeben wird und für was nicht. Daher stellt sich die Frage: **wie kommt es zur Verschwendung?**

Ein Grundproblem zeigt sich an Beispielen wie Stuttgart 21. Die Personen, die entscheiden, haben keine Ahnung von der Machbarkeit und es ist ihnen auch egal. Sie beschließen, was ihnen gefällt - um die Umsetzung müssen sich andere kümmern. Wenn dann erst ein neuer Beton und eine neue Form „erfunden“ werden muss, man dazu erst einen „**Expertenkreis Beton**“ gründet, dann darf man sich über den Anstieg von Kosten und Bauzeit nicht wundern. Innovationen sind schön und wichtig - aber sie gehören in die Wirtschaft und nicht auf Kosten der Steuerzahler entwickelt.

Umsetzung? „Nicht unser Problem“

Auf solche Beispiele trifft die AfD überall, wo sie die Regierungsarbeit anschaut. So wollte die AfD beispielsweise von den grün-schwarzen Umverteilungsdemokraten wissen, wie sie die Energieversorgung für den zusätzlichen Stromverbrauch von hunderttausenden Elektroautos sicherstellen will, welche sie als Ziel hat. Sinngemäße Antwort der Regierung (Drs. 16/1022): „*Das ist nicht unser Problem, sondern das der Netzbetreiber.*“

Am falschen Ende gespart...

Es gibt aber auch Bereiche, da fehlt dringend Geld und wir können uns nur wundern. Z.B. zielt sich die Regierung, Empfehlungen für stichfeste Schutzhandschuhe auszusprechen, die Beamte bei Leibesvisitationen von Gefangenen tragen, um u.a. nicht selbst durch spitze Gegenstände verletzt zu



werden. Da man sich innerhalb des Ministeriums länger nicht einig wurde, müssen die Bediensteten diesen Teil ihrer Schutzkleidung selbst bezahlen.

Man will sich gar nicht vorstellen, welche Kosten und unnötiges Leid eine beruflich bedingte Arbeitsunfähigkeit verursacht, z.B. aufgrund einer schweren Infektion durch eine Spritze, weil die Regierung zu „sparsam“ für Handschuhe war.

Teure Landesvertretungen

In meinem ersten Heft zur Steuerverschwendung ging ich bereits auf die Landesvertretungen von Baden-Württemberg in Berlin und Brüssel ein, sowie die teuren Partys dort. Nun wird die **Landesvertretung** in Brüssel renoviert und **erweitert**. Man will u.a. einen neuen „großen Saal“ für 300 Personen. Die Erweiterung sollte 12 Millionen kosten, doch der Minister für Europa, Guido Wolf (CDU), beantragte inzwischen 27 Millionen Euro. Baden-Württemberg ist übrigens eines der ersten Bundesländer gewesen, welches meinte, dass es in Brüssel eine eigene Vertretung braucht...

Wozu diese Landesvertretungen am Ende genutzt werden, ist weiter fraglich. So wurden die Abgeordneten beispielsweise zum 14.11.18 in die Berliner Vertretung eingeladen, um den Film „**Saat des Terrors - die dunkle Seite der Geheimdienste**“ an-

zusehen. Sollen ernsthaft 143 Abgeordnete plus Regierung für einen Film nach Berlin fliegen? Wie verträgt sich dieses Angebot mit dem Umweltschutz? Und wieso macht eine SWR-Produktion Stimmung gegen das Vertrauen in die eigenen Behörden?

Gefragter Präsidenten-Sohn

Doch repräsentative Veranstaltungen sind unserer Regierung sehr wichtig. Wo sonst könnte z.B. Johannes F. Kretschmann (40), Sohn des grünen Ministerpräsidenten, eine Initiative „beraten“, als „Experte“ Gesprächsrunden leiten oder Reden halten? Richtig: er wird immer wieder vom Staatsministerium seines Vaters angefragt.

Der Staat nimmt Überhand

Wussten Sie übrigens, dass inzwischen etwa jeder 9. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für den Staat arbeitet? Wer die Zahlen der Kommunen und des Landes auswertet wird staunen... und vielleicht hochrechnen, wann mehr als die Hälfte der Bevölkerung für den Staat arbeitet?

Deutlich wurde dies auch beim Nachtragshaushalt für 2018/2019. Während die AfD-Fraktion gegenfinanzierte Anträge zur **Entlastung der Bürger um 1.116 Millionen Euro** (1,1 Milliarden) einbrachte, entschied die Landesregierung im Dezember 2018, dass sie noch 105 Millionen Euro zusätzlich bis zum Jahresende verbubeln will. Gegenüber dem Haushaltsplan 2017 schaffte sie zudem über 3.500 neue Stellen!

„So teuer wie nie?“

Man darf sich daher nicht wundern, dass der Staat ständig mehr Geld braucht. Kürzlich war wieder zu lesen, dass die Stromkosten hoch sind wie nie. Falsch. Der Strom ist billig wie nie, nur die Abgaben sind hoch wie nie. 54% geht an den Staat. Da für die Altparteien Strom kein „*lebensnotwendiger Bedarf*“

ist, gilt für ihn auch nicht der reduzierte Mehrwertsteuersatz.

„Temporäre“ Steuer für 100 Jahre...

Der Staat ist gierig. Daher erinnert die AfD auch immer, wenn sie die lange überfällige Reduzierung der „*vorübergehend*“ erhöhten Grunderwerbsteuer fordert, an die Schaumweinsteuer. Die wurde 1902 zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt. Und wird selbst heute noch bezahlt!

Da fällt kaum ins Gewicht, dass die Landesregierung sich auch viel mehr Staatssekretäre gönnt, als die Landesverfassung erlaubt. Man nennt sie einfach „*politische Staatssekretäre*“ statt „*Staatssekretär mit Kabinettsrang*“. Der Trick kostet jedoch viel Geld. Die Kosten explodierten von 2015 mit 692.121 Euro zu 2016 auf 1.131.804 Euro und 2017 sogar auf 1.444.761 Euro.

Und dann noch die Korruption...

20% mehr Fälle von angezeigter Korruption gab es 2018 in Baden-Württemberg. Ob es einen Zusammenhänge mit Steuerverschwendungen gibt, kann man leider nur vermuten.



Ihr Dr. Rainer Podeswa

Sprecher für Finanzen und Haushalt

Ps: Ich freue mich über Ihre Hinweise auf Verschwendungen und auch allgemeine Rückmeldungen!



Ab wann ist es Bestechung?

Reisen Sie gerne um die ganze Welt? Und das am liebsten ohne dafür bezahlen zu müssen? Wer nicht...

Das können aber nicht nur grüne Politiker wie **Winfried Kretschmann**, der sich mit dem Helikopter zum Wandern ins Naturschutzgebiet fliegen ließ, **Claudia Roth**, die 41.000 km zur „Klimarettung“ nach Bangladesch, Kirbati und Fidschi geflogen ist oder ihre Kollegin **Katharina Schulze**, Grünen-Fraktionschefin in Bayern, die dafür plädierte, das Flugzeug als klimaschädliches Transportmittel „maßvoll zu nutzen“ und selbst 2017 und 2018 nach Athen, Barcelona, Brüssel, Dänemark, Helsinki, Indien, Kuba, Lissabon, Madrid, Mongolei, Moskau, Oslo, Peking, Tallinn und 5x USA flog.

Auch Pressevertreter reisen auf Steuerzahlerkosten gerne mit!

Eine Anfrage von Dr. Rainer Podeswa zeigte das Ausmaß für Baden-Württemberg auf. Die Landesregierung pflegt persönliche Kontakte in der ganzen Welt und nimmt dafür regelmäßig Pressevertreter mit. Die Flug- und Hotelkosten der Presse werden dabei zu 50% vom Steuerzahler übernommen!

Beispiele: 2016 gab es Regierungsreisen in die Tschechische Republik, Mexiko, Kolumbien, Italien, USA, Israel, Kanada, Belgien, Ecuador, Niederlande, Belgien, Serbien, Singapur und Vietnam.

Piktant: Innenminister **Thomas Strobl** (CDU) nahm bei seiner ersten Reise als Vertreter von Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) nicht etwa den SWR oder eine Presseagentur wie die DPA mit, sondern die Zeitung seiner Heimatstadt: die Heilbronner Stimme. Für sie war dies **exklusiv** neben der Stuttgarter Zeitung. Der Steuerzahler durfte **2.991 €** Zuschuss nur für die zwei Journalisten zahlen.

Zum Besuch im Vatikan hingegen durften die Stuttgarter Zeitung/Nachrichten, die DPA, die Zeit, die Schwäbische Zeitung, das Badische Tagblatt, die Südwest Presse und Radio 107,7. Steuerzuschuss: **4.563,80 €**.

Auch in Singapur und Vietnam war man natürlich nicht zum Spaß, also musste die heimische Presse „richtig“ berichten können. Die Heilbronner Stimme, der Reutlinger General-Anzeiger, die Stuttgarter Zeitung, die Südwest Presse, der SWR und die ARD



mussten mit. Steuerzuschuss: **13.930 €**.

2017 ging es dann nach Kuba, 2x Indien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Mexiko, 3x Großbritannien, 2x Italien, Israel, die Palästinensischen Gebiete, Singapur, Estland, Polen, China, Niederlande, Kanada, 2x Ungarn, 2x USA, Südafrika, Namibia, Finnland, Neuseeland, Iran, Kenia und Äthiopien.

Nach Indien durften beispielsweise Südwest Presse, Schwäbische Zeitung, SWR, DPA, Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten, Heilbronner Stimme und Badische Neueste Nachrichten mit. Steuerzuschuss: **20.733,98 €**.

In die USA nahm man den SWR, den Schwarzwälder Boten, die Süddeutsche Zeitung, Südwest Presse, Mannheimer Morgen, Stuttgarter Zeitung, Schwäbische Zeitung und den Reutlinger General-Anzeiger mit. Steuerzuschuss: **18.360 €**.

Auch im Iran brauchte man zum Fachthema „Altertumswissenschaften“ Begleitung durch SWR, Badische Neueste Nachrichten und Deutschlandfunk. Zuschuss: **4.020 €**.

2018 ging es dann 2x nach Norwegen, Chile, Indien, Mexiko, Japan, Ruanda, Kenia, 2x Serbien, Bosnien u. Herzegowina, Rumänien, Albanien, Kosovo, Russland, Italien, Estland, Baltische Staaten, 2x USA und Kanada, Namibia, Singapur, Bulgarien, Niederlande, Ghana, Nigeria und Dänemark.

Bei all diesen Reisen der Regierung sind wohlgemerkt die „Begleitungen“ von Reisen der Ausschüsse des Landtages durch die Regierung noch gar nicht mit dabei! Ebenso wenig die Reisen zur Landesvertretung in Brüssel, wohin Regierungsmitglieder alleine seit Beginn der Legis-

latur bis Ende 2018 immerhin **72x** reisten.

Häufig reisen natürlich auch die Ehepartner oder unehelichen Partner der Regierungsmitglieder mit - auf Steuerzahlerkosten.

Natürlich sind die Zuschüsse für die Presse insgesamt nur **Kleinigkeiten**. So kostete beispielsweise die zehntägige USA- und Kanadareise des Ministerpräsidenten im September 2018 insgesamt fast **540.000 €**. Auch dies deckte nur eine AfD-Anfrage auf.

Wir meinen: Reisen kostet viel Geld. Mit der Regierung zu reisen spart somit nicht nur Geld, sondern bietet auch exklusive Möglichkeiten und Zugänge vor Ort.

Die Regierung meint, dass diese Vorteile die redaktionelle Unabhängigkeit nicht gefährden könnte. Es fällt aber schwer zu glauben, dass ein mitreisender Journalist sich traut ernsthaft kritisch zu berichten, müsste er doch darum bangen, dass sein Verlag künftig nicht mehr in den Genuß der exklusiven Reisen käme, deren Teilnehmer frei von der Regierung bestimmt werden...



Werbetour auf Steuerzahlerkosten und Gelder für die Presse

Eine Verstrickung wie bei den exklusiven Reisen zeigt sich auch bei der sogenannten HALBZEIT-Kampagne der Landesregierung (Kosten: knapp **100.000 Euro**). In vier Großveranstaltungen lobten sich Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** (Grüne) und sein Innenminister **Thomas Strobl** (CDU) gegenseitig. Die Moderation der Großveranstaltungen übernahmen die Chefredakteure der örtlichen Zeitungen.

Für die Zeitung bedeutet es natürlich Prestige, Moderator der Regierung zu spielen. Aber das ist nicht alles. So wurden in den verschiedenen Ausgaben des „*Stuttgarter Wochenblattes*“ kostenpflichtige Anzeigen geschaltet. Das Blatt gehört zur Zeitungsgruppe Stuttgart, deren Hauptprodukt die „*Stuttgarter Zeitung*“ und die „*Stuttgarter Nachrichten*“ sind. Deren Chefredakteure durften den Abend moderieren. Ähnlich lief es bei den anderen Veranstaltungen.

Neben Renommee der Selbstdarsteller bestätigt sich die Regierung daher auch als regelmäßiger Anzeigenkunde. Wie eine frühere AfD-Anfrage zeigte, schaltete die Regierung alleine 2017 beispielsweise Anzeigen für **226.376,06 Euro**.

Auch der „*Staatsanzeiger für Baden-Württemberg*“ ist seit 2007 im Besitz von „*drei mittelständischen Zeitungsverlegern*“. Ob-

wohl er schon seit 1991 „*unabhängig und überparteilich über Themen der Landespolitik und der Landesregierung*“ berichten soll, hat er beispielsweise in seinem Imagefilm als Werbefigur den Ministerpräsidenten Kretschmann persönlich. Oppositionspolitiker fehlen hingegen. Für eine private und angeblich unabhängige Zeitung erstaunlich. Zudem deckte eine AfD-Anfrage auf, dass die Ministerien im Staatsanzeiger „*Sonderpreise*“ bekommen...

Immer wieder Regierungsgeschenke an die Presse...

Die Liberalisierung des Briefmarktes nutzte nahezu nur den großen Zeitungsverlagen und ist daher ein ähnliches Beispiel. Nur sie hatten ein Netzwerk schlecht bezahlter Aussteller, mit denen sie neben ihren Zeitungen nun eben noch Post verteilen lassen konnten. Damit waren die Zeitungsverlage die Einzigen, die finanziell davon profitierten, dass nun auch private Briefdienstleister tätig werden durften. Man könnte es daher als Geschenk der Regierung an die Presseverlage ansehen...

Genauso war die Senkung des Arbeitgeberanteils für die Rentenversicherung exklusiv bei minijobbenden Zeitungszustellern ein Geschenk von CDU und SPD an die Presseverlage auf Kosten der Allgemeinheit.



v.l.n.r.: Joachim Dorfs, Chefredakteur der *Stuttgarter Zeitung*, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Innenminister Thomas Strobl und Christoph Reisinger, Chefredakteur der *Stuttgarter Nachrichten*
Foto: Staatsministerium Baden-Württemberg

Umweltverbände von Regierung für Werbung gekauft

Die Naturschutzverbände **BUND** und **NABU** gelten als seriöse Vertreter für Umweltschutz und bekommen natürlich staatliche Fördermittel. Doch sie bekommen unsere Steuergelder nicht etwa nur für Umweltschutzmaßnahmen, sondern auch für die **Bewerbung der Regierungsziele**.

In einer Antwort des Umweltministers Franz Untersteller (Grüne) auf eine Anfrage von Dr. Podeswa beschreibt dieser den Zweck für bisher **über 1,1 Millionen Euro** des *“Dialogforum Erneuerbare Energien”* damit, dass für die Umsetzung der Energiewende geworben werden soll. Diese Bewerbung haben die Verbände BUND und NABU übernommen.

Das bringt die (angeblichen) Umweltverbände in Interessenkonflikte. Untergliederungen derselben Verbände kritisieren öffentlich u.a., dass es beim Windkraftausbau gravierende Versäumnisse bei der Standortwahl und Realisierung gab, was auf Kosten von Artenschutz und Lebensräumen ging und Tiere gefährdet. Einzelne Landesverbände genau derselben Organisationen führen gar große Kampagnen gegen rechtswidrige oder nicht genehmigungsfähige Windkraftanlagen.

Was die Regierung behauptet ist nun gut für die Umwelt...

In Baden-Württemberg hingegen werben die Organisationen für die Regierungswünsche, teils sogar mit Aspekten, die für die Umwelt keinerlei Relevanz haben, z.B. die Ästhetik von Windkraftanlagen.

Pikant ist aber noch mehr! Der Landesregierung von Winfried Kretschmann gehört auch der Umwelt-Staatssekretär Andre Baumann an. Er leistete schon seinen Zivildienst beim NABU und wurde später für knapp neun Jahre NABU-Landesvorsitzender - bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär. Aufträge des Umweltministeriums an den NABU haben so einen Beigeschmack...

Ähnlich sieht es übrigens auch beim Bundesumweltministerium aus, wo z.B. Jochen Flasbarth Staatssekretär wurde, der zuvor hauptamtlicher Präsident des NABU war. Auch hier gibt es Auffälligkeiten, wie Verdoppelungen der Fördergelder an seine früheren Vereine...

Interessant sind auch Gutachten und Studien des Öko-Instituts. In Auftrag gegeben wurden sie vom Umweltministerium und im Vorstand des Öko-Instituts saß der Umweltminister, sowie der Ministerialdirektor des Umweltministeriums...



Ideologische Realitätsverweigerung

Gutachten ohne Erkenntnis für 500.000 Euro

Wie ist der Umsetzungsstand und gibt es erste Erfolge des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes 2015? Damit beschäftigte man sich in der 82. Sitzung des Landtages, denn es steht der Verdacht im Raum, dass das Gesetz genau das Gegenteil von dem bewirkt, was es erreichen sollte. Nun aber gab es einen **Evaluierungsbericht**. Der kostete eine halbe Million Euro Steuergeld, brachte aber keinen Nachweis für einen Mehrwert des Gesetzes. Man ist also so klug wie vorher, jedoch eine halbe Million ärmer.

Finanzierung linksextremer Treffpunkte

Auch Linksextremisten brauchen Treffpunkte. Eine AfD-Anfrage zeigte, dass z.B. ein von Linksradikalen beworbenes Jugendzentrum in Backnang 2015 im Rahmen der „Demokratieförderung“ mit 2.450 Euro bedacht wurde. Ein Jugendzentrum in Schwäbisch Gmünd, ebenfalls von Linksradikalen beworben, erhält seit 2010 kostenlos städtische Räume im Wert von fast 21.000 Euro jährlich. Ähnlich in Ludwigsburg, wo es seit 2010 jährliche Zuschüsse in Höhe von 2.900 bis 7.500 Euro gibt.

Erschreckend ist auch die Tatsache, dass Festivals mit linksextremen Bands (Liedtexte wie *„Deutschland verrecke, das wäre wunderbar (...) Deutschland ist scheiße, Deutschland ist Dreck! Gib mir ein ‚like‘ gegen Deutschland“*) durch eine staatliche Energiegesellschaft und die örtliche Sparkasse finanziert werden.

Der schnellste ungenutzte Bus...

Die Stuttgarter Buslinie X1 ist der Stolz der Grünen, die die Landeshauptstadt und das Ländle regieren. Der Bus soll die schnellste Verbindung der Stadt sein und Bad Cantsatt mit der Innenstadt verbinden. Logisch ist das nicht, denn es gibt auf dieser Strecke schon zahlreiche U- und S-Bahnen.

Bei 168 Fahrten täglich (5 Minuten-Takt) sitzen durchschnittlich **nur 7,1 Personen** im Gelenkbus, der 144 Plätze hat. Dafür investierte man für die ersten zwei Jahre rund 8 Millionen Euro, danach bleiben Betriebskosten von 2,7 Mio. Euro jährlich.

Auf 800 Metern bekam der „Expressbus“ eine eigene Spur, zum Ärger der Autofahrer, denen diese nun fehlt. Da der Bus nach den 800 Metern wieder einfädeln muss, steht er jedoch trotzdem im gleichen Stau und die Bahn ist schneller. Schon vom ersten Tag an sprechen Erfahrungsberichte daher statt von 9 Minuten für die Strecke von fast einer Stunde Fahrzeit.

Wir meinen: Wer den Stuttgarter Verkehr kennt, der weiß, dass diese ideologische Idee nicht funktionieren konnte...



Noch mehr Fälle...

Eier-Blödsinn der EU

Wussten Sie, dass das Öko-Recht der EU das Färben von Bio-Eiern nur mit saisonaler Ausnahmegenehmigung erlaubt? In Baden-Württemberg dürfen Bio-Eier daher nur vom 1. Januar bis vier Wochen nach Ostern gefärbt werden. In Hessen hingegen ist das Färben bis zum 31. Oktober erlaubt.

Wenn Ihnen also im Juni gefärbte Eier im Laden auffallen, dann können es keine Bio-Eier sein - oder sie wurden „reimportiert“. Erlaubt ist nämlich auch die Eier zum Färben nach Hessen zu bringen, sie dann aber wieder bei uns zu verkaufen.

Zum Färben von Bio-Eiern benötigt ein Unternehmen natürlich auch eine behördliche Genehmigung.



Schon gewusst?

Winfried Hermann (Grüne), Landesminister für Verkehrsbehinderung, investierte über 200.000 Euro für ein **Gutachten zu Fahrradhelmen**. Wissenschaftliches Ergebnis: Helme sind sinnvoll und das Tragen schützt vor Verletzungen. Wow! Da eine Helmpflicht aber Bundesrecht wäre, kann er trotzdem keine einführen.

Der Bau eines **Forstbetriebsgebäudes** im Wald bei Tettngang verteuerte sich von 150.000 Euro für einen Schlechtwetter-Arbeitsplatz zur Luxus-Variante eines multifunktionalen Betriebsgebäudes für mehr als 611.000 Euro.

In Pfnztal wurde vom Landkreis Karlsruhe im Zuge der Flüchtlingskrise ein **leerste-**

hender Lebensmittelmarkt angemietet. Mietkosten: 17.000 Euro pro Monat bei einer Mietdauer von 15 Jahren. Genutzt wurde die Unterkunft jedoch nie.

Globe Theater in Schwäbisch Hall: Satte 73% beträgt die Kostenexplosion. Aus geplanten 5,2 Millionen wurden 9,5 Millionen Euro.

In Baden-Württemberg variieren die **Bahnsteighöhen** massiv. 18,9% haben eine Höhe unter 380 mm, 19,8% eine Höhe von 380 mm, 29,9% eine Höhe von 550 mm, 25,2% eine Höhe von 760 mm, 0,5% eine Höhe von 850 mm und 6,2% eine Höhe von 960 mm. Das verhindert nicht nur Barrierefreiheit für Jahrzehnte, sondern sorgt teilweise auch für Unklarheiten und Verzögerungen beim Bau neuer Bahnhöfe.

Unser Antrag, um Steuer- verschwendung zu reduzieren!

Die Landesregierung verkalkuliert sich immer wieder. Beispielsweise **verrechnet sie sich bei den Pensionsverpflichtungen mal eben um über 50 Milliarden Euro**. Das entspricht den Steuereinnahmen des Landes von einem ganzen Jahr!

Auch den Wertverlust der Landesinfrastruktur, sowie nötige Reparaturen, kann sie nicht genau abschätzen.

Um solche Fehlkalkulationen, Risiken und damit einhergehende Steuerverschwendungen durch mangelnden Überblick zu beenden, verlangt die AfD-Landtagsfraktion die Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) in der Landesverwaltung. Dazu reichte sie im April 2019 einen Gesetzentwurf ein.

Der Haushalt des Landes Baden-Württemberg wird immer noch nach Kameralistik aufgestellt. Dass das nicht genügt, zeigen auch die zwei Billionen Euro Staatsverschul-

dung Deutschlands und die 47 Milliarden Euro Schulden in Baden-Württemberg. Taschenspielertricks wie die „implizite Schuldentilgung“ wären mit dem Gesetzesvorschlag der AfD ebenfalls nicht mehr möglich.

Deshalb muss Baden-Württemberg nach fester Überzeugung der AfD in Zukunft mit einer doppelten Buchführung geführt werden. Andere Bundesländer haben diese bereits seit längerem eingeführt, und das mit Erfolg.

Dr. Rainer Podeswa kritisierte diesbezüglich bei der Landespressekonferenz:

„Die Doppik gilt für jeden Mittelständler in Baden-Württemberg. Ab 2020 gilt die Doppik für jede Kommune in Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg zeigt bei jedem Anlass mit strengem Finger auf die Doppik, aber wenn es um die Landes-Doppik ging, dann wird lieber auf andere gezeit.“



Was uns in Baden-Württemberg richtig viel Geld kostet...

Deutschland trägt am Gesamthaushalt der EU von 166 Milliarden 24% bzw. 40 Milliarden Euro. Doch wir stellen nur 16% aller Bürger und haben nur 13% der Sitze im EU-Parlament. Netto stützen nur zehn Staaten 17 Netto-Empfänger.

Immer wieder wird behauptet, dass Baden-Württemberg besonders von **Zahlungen aus der EU** profitieren würde. 1,2 Milliarden Euro gab es von 2014 bis 2020.

Nicht erwähnt wird dabei, dass Deutschland in diesem Zeitraum 191,6 Milliarden Euro an die EU gezahlt hat, von denen ca. 15%, also rund 28,7 Mrd. auf BW entfallen. Wir haben also **28,7 Mrd. Euro bezahlt** und „profitieren“ nach Meinung diverser EU-Anhänger und Medien besonders davon, dass wir **1,2 Mrd. erhalten** haben...

Thematisiert die AfD dies im Landtag, so sehen die anderen Parteien kein Problem und winken die EU-Milliarden ohne Diskussion im Plenum durch.

Das ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs für den **in Baden-Württemberg besonders hoch belasteten Steuerzahler**. Er finanziert schließlich nicht nur einen riesigen Anteil des „Soli“, sondern trägt auch **besonders hohe Gebühren** (z.B. Wasserentgelte, Schmutzwasser, Niederschlagswasser, Abfallgebühren) und **Steuern** (z.B. Grunderwerbsteuer, Grundsteuer). Faktisch wird er aber besonders belastet durch:

1. Das vertragswidrige Handeln in der **Griechenlandkrise** (kein EU-Land haftet für die Schulden eines anderen Landes) führte zur Finanzkrise und direkt zu Geldtransfers nach Griechenland in Höhe von **263 Mrd. Euro**; der deutsche Anteil beträgt **71 Mrd.**

2. Die Kosten der aus der „Eurorettung“ resultierenden **Flucht in Sachwerte** mit explodierenden, irrationalen Immobilienpreisen und Mieten.

3. Die **Zinsverluste** in Höhe von rund **1.800 Mrd. Euro**, welche die „Eurorettungspolitik“ der EZB dem deutschen Sparvermögen bescherte.

4. Der Anstieg der **Target2-Salden** Deutschlands auf heute **941 Mrd. Euro**. Das sind im Wesentlichen uneintreibbare, unbeglichene Schulden der EU-Länder gegenüber Deutschland.

5. Die Kosten der **Migrationskrise**, welche von der EU überwiegend auf Deutschland abgeladen wurden und die sich nach niedrigsten Schätzungen auf mindestens **700 Mrd. Euro** belaufen.

6. Die Kosten der **Energiewende** von mindestens **400 Mrd. Euro**.

Damit errechnet sich ein in nur ca. zehn Jahren vernichtetes Vermögen der Deutschen von über 4.000 Milliarden Euro - der Anteil der Baden-Württemberger liegt wie üblich bei ca. 15%.



Informationen zur Arbeit der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Alternative für Deutschland (AfD) erhalten Sie im Internet und in gedruckter Form.

Zu meiner Arbeit mit dem Schwerpunkt „Finanzen“ erhalten Sie viele weitere Beiträge unter

www.rainerpodeswa.de

Gerne schicke ich Ihnen auch gedruckte Informationen zu. Kontaktieren Sie mich!

Informationen über die Arbeit der Landtagsfraktion erhalten Sie unter
www.afd-fraktion-bw.de

Auch auf unseren Facebook-Seiten erhalten Sie täglich Informationen.

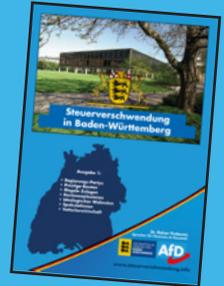


Finanzhaushalt 2016-2019

Im Heft zu den Finanzhaushalten des Landes Baden-Württemberg zeige ich nicht nur Beispiele für Milliarden-Verschwendungen, sondern auch Inkompetenz der Regierung und Vetterleswirtschaft auf.

Steuerverschwendungen

Es gibt weitere Hefte und Informationen zur Steuerverschwendung.



Kostenlos anfordern oder als PDF unter:

www.steuerverschwendung.info

Sie möchten etwas genauer nachlesen oder die Quellen überprüfen?
www.rainerpodeswa.de/quellen

Herausgeber:

Dr. Rainer Podeswa (MdB)
Sprecher für Finanzen und Haushalt der
**AfD-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg**
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

Dieses Heft wurde **nicht** mit Mitteln der Landtagsfraktion bezahlt und kann daher auch zu Wahlkampfzeiten verteilt werden.

© Foto Titelseite: Landtag von Baden-Württemberg

2. Ausgabe, 1. Druckauflage

rainer.podeswa@afd.landtag-bw.de
Tel.: **0711 20635 626**